

AMBULANTE DIENSTE

Familienfreundlicher Pflegedienst

Fitnessstraining als Köder

Ein Pflegedienst in Garbsen bei Hannover will seine Mitarbeiter entlasten und familienfreundlicher werden. Deshalb wird dort Fitness und Kinderbetreuung angeboten.

Von Uwe Lötzerich

Garbsen // Vor allem die Eltern unter seinen 13 Altenpflegefach- und -hilfskräften, Hauswirtschafts- und Betreuungskräften möchte der vor anderthalb Jahren gegründete Garbsener Pflegedienst in der Region Hannover entlasten und deren tägliche Arbeit attraktiver und familienfreundlicher gestalten. „Wir hatten schon länger vor, etwas für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu tun“, sagt Geschäftsführer David Buchholz. Letztlich entschieden sich er, Co-Geschäftsführer René Biesenthal und Pflegedienstleiterin Nadine Buchholz dafür, ihrem Personal im neuen Firmensitz im Centrum Kohake in Altgarbsen auch Fitnessstraining und Kinderbetreuung zu offerieren.

Das Land hat die nötigen Investitionen des Pflegedienstes mit dem Förderprogramm „Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum“ erleichtert, mit dem das Sozialministerium u. a. die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt. Für die Fitnessgeräte, zusätzliches Personal für Training und Kinderbetreuung erhielt der Garbsener Pflegedienst 90 000 Euro vom Nie-

dersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie. Auch Niedersachsens neue Sozialministerin Carola Reimann (SPD) weiß um die Bedeutung solcher Initiativen, zumal Pflegekräfte auch in diesem Bundesland Mangelware sind: Bis 2030 benötigt das Land bis zu 52 000 weitere Altenpflegekräfte, denn die Zahl der Pflegebedürftigen steigt bis dahin von heute 288 000 um gut 30 Prozent auf 379 000.

In der Garbsener Pflegedienst-Zentrale wird voraussichtlich ab März eine Studentin auf 450-Euro-Basis bis zu neun Kinder der Mitarbeiter betreuen. David Buchholz: „Später wollen wir dann eine Erzieherin mit Teil- oder Vollzeitstelle suchen.“ Schon um sechs Uhr wird die Mini-Kita öffnen und bedarfsgerichte Öffnungszeiten bieten, verrät PDL Nadine Buchholz. Selbst finanzieren muss der Pflegedienst sein neues Angebot ab 2019, was die Verantwortlichen gern in Kauf nehmen. David Buchholz: „Schließlich bieten wir viele Besonderheiten, auf die wir Bewerber sehr erfolgreich über Facebook aufmerksam gemacht haben.“ Mit familienfreundlichen Arbeitszeiten, nur einem monatlichen Wochen-

enddienst für Fachkräfte, der privaten Nutzung der Dienst-Pkw und ordentlicher Bezahlung lockt dieser private Pflegedienst neue Pflegekräfte.

Begleitetes Fitnessstraining

Der Fitnessraum neben der geplanten Mini-Kita, ausgestattet mit Hantelbänken, Laufband, Crosstrainer, Kraftstationen, Boxsack und Ausrüstung für das Elektrostimulationstraining, wird bereits eifrig vom Personal genutzt. Als ausgebildete Trainerin begleitet die Sportstudentin Lea Freihoff dort die Fitnessübungen Einzelner und gibt Tipps zu rückenschonendem Arbeiten. David Buchholz: „Hier können unsere Angestellten nach Patiententerminen und in ihrer Freizeit trainieren.“ Das Training wirke sich auch positiv auf den Zusammenhalt des Pflegeteams aus.

Ungewöhnliches Konzept

Ohnehin herrscht in der neuen, 230 Quadratmeter großen Zentrale des Pflegedienstes im Altgarbsener Centrum Kohake keine typische Büroatmosphäre. Der geräumige Aufenthaltsraum, an dessen Gestaltung die Mitarbeiterinnen mitwirken durften, ist mit Sofas und einem großen Fernseher ausgestattet und erinnert eher an ein Wohnzimmer als an eine Arbeitsstätte. „Ge-



In Garbsen wird neben guter Pflege auf Fitness wert gelegt.

Foto: Uwe Lötzerich

rade jüngeren Pflegekräften ist die Balance zwischen Arbeit und Freizeit immer wichtiger“, hat PDL Nadine Buchholz festgestellt. Da Arbeitgeber in der immer wichtiger werdenden Pflegebranche um Personal kämpfen müssten, so Geschäftsführer Biesenthal, entschied sich der Garbsener Pflegedienst für sein ungewöhnliches Konzept zur Gewinnung und Bindung von Personal.

Fördermittel noch 2018 erhältlich

Noch dieses Jahr können ambulante Dienste in Niedersachsen das mit jährlich sechs Millionen Euro ausgestattete Förderprogramm „Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen

Raum“ des Landes nutzen. Träger von häuslichen Pflegediensten in ländlichen Regionen erhalten Fördermittel

- für eine Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen,
- für die bessere Kooperation und Vernetzung von Akteuren,
- für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder
- für die Einführung von technischen und EDV-basierten Systemen.

- Auskünfte zum Förderprogramm erteilt das niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie und sein Team um Claudia Aschenbroich, Tel. 04131-153224, E-Mail: team4s1@ls.niedersachsen.de

Versorgungsengpass

bad widerspricht Mainzer Ministerin

Essen // Der Bundesverband Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen (bad) hat einer Einschätzung des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums widersprochen, dass es keine Hinweise auf Versorgungsengpässe gäbe. Während nach den Schilderungen von Versicherten und deren Angehörigen enorme Schwierigkeiten bestünden, einen ambulanten Pflegedienst mit freien Ressourcen zu finden, sei dies vonseiten der Mainzer Landesregierung nicht bestätigt worden.

Nach Ansicht des bad-Landesverbands Rheinland-Pfalz, können die Ausführungen des Ministeriums allerdings nicht nachvollzogen werden: „Vielmehr liegen gehäuft Fälle vor, in welchen kirchliche, caritative als auch private Pflegeeinrichtungen aus Personalmangel einen Aufnahmestopp für weitere Versicherte in der häuslichen Versorgung aussprechen mussten“, erklärt die Landesvorsitzende Cristina Krause-Mohr, die selbst einen Pflegedienst in Nickenich (Landkreis Mayen-Koblenz) betreibt. Nach ihren Erfahrungen erhielten die Pflegedienste vielfach die Rückmeldung der Versicherten und Angehörigen, dass diese sich schon an zahlreiche Einrichtungen gewandt haben, ohne jedoch eine Zusage für die Versorgung erhalten zu haben. Dies deckt sich auch mit den jüngsten Statistiken und Erhebungen, wonach in Zukunft mit einem noch stärkeren Pflegefachkräftemangel zu rechnen ist und immense Versorgungslücken zu befürchten sind. (ck)

Baden-Württemberg

Tagung zu neue Wohnformen: Mehr Koordination nötig

Stuttgart // Neues Wohnen braucht das Land – auch im Bereich bürgergestützter Formen für ältere Menschen mit Unterstützungsbedarf. Unter diesem Motto hatten vier Organisationen – allesamt in Sachen bürgerschaftliche Verantwortung für neue Wohn- und Lebensformen engagiert – zu einer eintägigen Informations- und Arbeitsveranstaltung nach Freiburg im Breisgau eingeladen: die Landesarbeitsgemeinschaft Ambulant Betreute Wohngemeinschaften Baden-Württemberg (LABEWO), die Demenz Support Stuttgart gGmbH, das Forschungsinstitut AGP (Alter.Gesellschaft.Partizipation) Sozialforschung sowie der Verein SPES – Zukunftsmotive für Menschen & Lebensräume. Im Zentrum der Anstrengungen dieser vier bürgerschaftlichen „Player“ steht seit längerem das Anliegen, die im Vergleich nach wie vor schwache Position des Landes bei der Etablierung und breiteren Umsetzung solcher Wohngemeinschaften zu überwinden. Die Einladung zur Tagung stieß auf großes Interesse: die räumlichen Möglichkeiten des Veranstaltungsortes, der Katholischen Akademie in Freiburg, waren mit 145 Teilnehmenden ausgeschöpft – in den letzten Tagen vor der Veranstaltung eingehende Anmeldungen konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Warum legt man in den Reihen der bürgerschaftlich Engagierten so großen Wert darauf, die Umsetzung ambulant betreuter Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz verstärkt nach vorne zu bringen? Antworten hierauf lieferte der Einführungsvortrag von Professor

Dr. Thomas Klie von der Freiburger Evangelischen Hochschule. Auf der Grundlage einer von seinem Institut, der AGP Sozialforschung, im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums durchgeführten Studie, so Klie:

- Ambulant Betreute Wohngemeinschaften stellen im konzeptuellen Rahmen einer (von allen vor Ort getragenen) „Sorgenden Kommune“ ein wichtiges Element dar.
- sie bieten die Chance einer lokalen Versorgung in geteilter Verantwortung für Menschen mit Unterstützungs- und Begleitungsbedarf.
- Befragungen zeigen, dass eine große Zahl der Bürger sich im Falle eines mit Pflegebedürftigkeit einhergehenden Alters eine solche WG als Lebens- und Betreuungsform vorstellen können.
- Zudem weist die Angebotsstärke zwischen den einzelnen Bundesländern starke Schwankungen auf. In manchen kann die entsprechende Ausstattung als relativ gut gelten. Baden-Württemberg ist allerdings noch recht schwach aufgestellt.

Im Austausch der sich anschließenden fünf Workshops gingen die Teilnehmer der Frage nach, was diese vergleichsweise schwache Entwicklung begünstigt und wie sich die Situation verbessern lässt. Unter den Ideen und Forderungen, was weiterentwickeln und was dringend zu verändern ist, wurde vor allem auf mehrere Punkte abgehoben: Es bedarf einer neutralen Beratungs- und

Koordinationsstelle, die Initiatoren und Interessierten als Anlaufstelle dient und ihnen hilft, ambulant betreute Wohngemeinschaften auf den Weg zu bringen. Die Neutralität einer solchen Stelle ist hier essentiell. Vor allem in Bürgerverantwortung initiierte und getragene Wohngemeinschaften benötigen dringend fachliche Begleitung beim Aufbauprozess. Konventionelle Beratung reicht hier bei weitem nicht aus. Das Land beziehungsweise das zuständige Ministerium muss Initiativen ergreifen, um zu einheitlichen Verfahren in den Landkreisen zu kommen; dies gilt insbesondere mit Blick auf die Tätigkeit der Heimaufsichten und die Gewährung von Sozialhilfeleistungen für WG-Bewohner. Das Wohn- und Teilhabegesetz (WTPG) des Landes nimmt eine strikte Trennung zwischen selbstverantworteten und trägergestützten Wohngemeinschaften vor. Die Erfahrungen von in der Sache befassten Experten zeigen, dass dies nicht hilfreich ist und durch ein flexibleres System ersetzt werden sollte.

Staatssekretärin Bärbl Mieli legte zum Abschluss dar, dass die Landesregierung großen Wert auf die Entwicklung von bürgergestützten Wohngemeinschaften legt. Nach ihrem Dafürhalten kommen Träger der Altenhilfe, die solche WGs aufbauen und anbieten möchten, ohne entsprechende Unterstützung zurecht. Auch Mieli sah die Notwendigkeit, beteiligte Akteure wie beispielsweise die Heimaufsichten in den Landkreisen besser für ihre Aufgaben im Zusammenhang mit der WG-Thematik zu qualifizieren und zu unterstützen. (ck)

NEWTICKER

Teure Dienstleistungen in der Bundeshauptstadt

Kleine Hilfen im Haushalt, bei Einkauf und Körperpflege oder auch in der Freizeit sind bei Berliner Pflegediensten im Vergleich oftmals besonders teuer. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktueller bundesweiter Marktcheck der Verbraucherzentralen Berlin, Brandenburg und des Saarlandes. Rund 500 Pflegedienste wurden dazu befragt. Ein gutes Drittel der Anbieter in der Hauptstadt verlangen demnach einen Stundenlohn von 40 Euro und mehr für Haushaltshilfen wie Badreinigung. In Nordrhein-Westfalen würden dagegen nur vier Prozent der Dienste ähnlich hohe Sätze veranschlagen, in Bayern kein einziger, hieß es.

Hospiz-Netzwerk ausgezeichnet

Das Netzwerk Hospiz in Traunstein (Bayern) ist für die sektorenübergreifende Vernetzung der Hospiz- und Palliativversorgung mit dem Preis der Deutschen Hospiz- und PalliativStiftung (DHP-Stiftung) ausgezeichnet worden. Innovativ sei vor allem der Einsatz von Fachpflegekräften in der allgemeinen ambulanten Palliativversorgung (AAPV) und die Zusammenarbeit von AAPV und spezialisierter ambulanter Palliativversorgung (SAPV), lobten die Juroren bei der Preisverleihung in Traunstein.